

Fragen

für die Fragestunden der Sitzungen des Deutschen Bundestages

am Mittwoch, dem 10. Dezember 1980

am Donnerstag, dem 11. Dezember 1980

	Seite
Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz	2
Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung .	2
Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung	2
Geschäftsbereich des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit	2
Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern	3
Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen	3
Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft	5
Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	6
Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit	7
Geschäftsbereich des Bundesministers für das Post- und Fernmeldewesen	8
Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen .	8
Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie .	9
Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft .	9
Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen	10
Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr	11

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

1. Abgeordneter
Kroll-Schlüter
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung bekannt, wieviel Ehen im Jahr 1975, im Jahr 1979 und im ersten Halbjahr 1980 geschlossen und geschieden wurden, und wie viele minderjährige Kinder jeweils durch die Ehescheidungen betroffen wurden?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

2. Abgeordnete
Frau
Dr. Martiny-
Glotz
(SPD) Wie beurteilt die Bundesregierung die gesundheitlichen Gefahren von Asbestfasern in der Luft für Arbeitnehmer und Verbraucher, und wird sie gegebenenfalls die Verwendung von Asbest — wie in Schweden, Dänemark und den Niederlanden — verbieten?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

3. Abgeordneter
Dr. Lenz
(Bergstraße)
(CDU/CSU) Welche Schritte sind unternommen worden oder werden unternommen, um die Urheber der Schäden bei den Auseinandersetzungen im Zusammenhang mit dem feierlichen Geblöbns von Bundeswehrrekruten in Hannover zum Ersatz des Schadens zu veranlassen, der durch Beschädigung oder Zerstörung von Bundeswehrgerät entstand?

Geschäftsbereich des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit

4. Abgeordneter
Pieroth
(CDU/CSU) Wie viele Ärzte waren im Rahmen der deutschen Entwicklungshilfe im Jahr 1979 in der Dritten Welt im Rahmen der öffentlichen Entwicklungshilfe, die unter der Verantwortung der Bundesregierung durchgeführt wurde, tätig, und ist der Bundesregierung bekannt, wie viele Ärzte im Jahr 1979 im Rahmen der Entwicklungshilfe nichtstaatlicher Organisationen und der Kirchen in der Dritten Welt tätig waren?
5. Abgeordneter
Pieroth
(CDU/CSU) Wieviel medizinisches Hilfspersonal — insbesondere Krankenschwestern — waren im Rahmen der deutschen Entwicklungshilfe 1979 in der Dritten Welt im Rahmen der öffentlichen Entwicklungshilfe, die unter der Verantwortung der Bundesregierung durchgeführt wurde, tätig, und ist der Bundesregierung bekannt, wie hoch bei diesem Personenkreis die Zahl derjenigen war, die im Rahmen der Entwicklungshilfe nichtstaatlicher Organisationen und der Kirchen tätig waren?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

6. Abgeordneter
Dr. Diederich
(Berlin)
(SPD)
- Treffen Meldungen zu, daß die Frequenzen des sogenannten CB-Hobbyfunkbands bei den Ausschreitungen am Rande des öffentlichen Rekrutengelöbnisses in Hannover dazu benutzt worden sind, die Krawalle zu koordinieren und zu steuern, sind ähnliche Mißbräuche bekannt geworden, und was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um in Zukunft den schwerwiegenden Mißbrauch der für den Freizeitfunk vorbehaltenen Frequenzen zu unterbinden?
7. Abgeordneter
Paterna
(SPD)
- Trifft es zu, daß seitens der Polizeien des Bundes und der Länder der Aufbau einer Datensammelstelle (Kriminalaktennachweis) geplant ist, und trifft es ferner zu, daß in dieser Datensammelstelle die Namen aller Personen gespeichert werden sollen, die jemals mit der Polizei in Berührung gekommen sind, sei es als Zeuge, als Anzeigender, als Opfer oder als Verdächtiger?
8. Abgeordneter
Dr. Kunz
(Weiden)
(CDU/CSU)
- Bis wann wird die Bundesregierung im Zusammenhang mit den Plänen der bayerischen Staatsregierung, in Mitterteich (Landkreis Tirschenreuth) eine Zwischenlagersammelstelle für radioaktive Abfälle aus Medizin, Industrie und Kernkraft einzurichten, ihrer gesetzlichen Verpflichtung nachkommen, ein Endlager für Atommüll zu errichten?
9. Abgeordneter
Dr. Laufs
(CDU/CSU)
- Welche gesetzgeberischen Maßnahmen erwägt die Bundesregierung, um die Genehmigungsverfahren für Kernkraftwerke, wie in Nummer 56 der Regierungserklärung vom 24. November 1980 angesprochen, zu beschleunigen, und wie sollen dabei die durch den Beschluß des Bundesverfassungsgerichts vom 20. Dezember 1979 (Mülheim-Kärlich) und den Beschluß des OVG Lüneburg vom 28. August 1980 (Brunsbüttel) aufgeworfenen, auch die Rechtssicherheit betreffenden Fragen der wesentlichen Änderung von Kernenergieanlagen und deren Offenlegung gelöst werden?
10. Abgeordneter
Dr. Laufs
(CDU/CSU)
- Auf welche Weise beabsichtigt die Bundesregierung, dem Beschluß des Deutschen Bundestags (Drucksache 8/4340) nachzukommen, die Aufklärung der Bevölkerung über die im Krisen- und im Verteidigungsfall zu erwartende vielfältige Bedrohung zu verbessern und sie dadurch in ihrer Motivation und Fähigkeit zur Selbstbehauptung zu bestärken, und wie insbesondere werden sich im Bundeshaushalt die finanziellen Aufwendungen für die Öffentlichkeitsarbeit entwickeln?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

11. Abgeordneter
Dr. Müller
(CDU/CSU)
- Hält die Bundesregierung es für richtig, steuerliche Vergünstigungen für Unternehmen, die in Entwicklungsländern investieren, zu geben, während die gleichen Unternehmen Zweigbetriebe in der Bundesrepublik Deutschland schließen?

12. Abgeordnete
Frau Will-Feld
(CDU/CSU) Wie beurteilt die Bundesregierung die Möglichkeit, Vereinheitlichungen bei den vielfältigen Freibeträgen und Freigrenzen und damit Steuervereinfachungen bei der Besteuerung der Vereine – vor allem der kleinen – einzuführen?
13. Abgeordnete
Frau Will-Feld
(CDU/CSU) Sieht die Bundesregierung eine Möglichkeit, dadurch zur Steuervereinfachung beizutragen, daß die Abgrenzung zwischen wirtschaftlichem Geschäftsbetrieb eines Vereins (volle Besteuerung) und steuerunschädlichem Zweckbetrieb eines Vereins (begünstigte Besteuerung) – das sind sportliche und gesellige Veranstaltungen – im Gesetz eindeutiger gefaßt werden, um vor allem für kleinere Vereine die Rechtsmittel zu verringern?
14. Abgeordneter
Dr. Spöri
(SPD) Welche Auswirkungen hat das Urteil des Oberlandesgerichts Hamm zur Handhabung des Steuergeheimnisses nach § 30 AO im Falle von steuerverkürzenden Parteispenden auf die Auskunftspflicht der Finanzverwaltung, und wird die Bundesregierung bei den Bundesländern auf eine dieses Urteil berücksichtigende einheitliche Auskunftspraxis hinwirken?
15. Abgeordneter
Dr. Spöri
(SPD) Kann ein zwingendes öffentliches Interesse nach § 30 AO zum Verzicht auf das Steuergeheimnis im Sinne des einschlägigen Urteils des OLG Hamm auch in anderen Fällen, wie z. B. der Steuervergünstigung nach § 6 b EStG, gegeben sein?
16. Abgeordneter
Hoffie
(FDP) Wie beurteilt die Bundesregierung den Tatbestand, daß Finanzverwaltungen bei der Abgrenzung der Einkünfte aus freiberuflicher Tätigkeit und aus Gewerbebetrieb bei Werbe- und Public-Relations-Beratern das Urteil des Bundesfinanzhofs vom 25. April 1978, VIII R 149/74, entgegen der Intention des Bundesfinanzministers und der obersten Finanzbehörden der Länder insoweit schematisch anwenden, als sie nicht in jedem Einzelfall prüfen, ob Einkünfte aus freiberuflicher Tätigkeit oder Gewerbebetrieb vorliegen, und wie wird der Bundesfinanzminister sicherstellen, daß die Finanzverwaltung in Zukunft auch tatsächlich in die Einzelfallprüfung eintritt?
17. Abgeordneter
Hoffie
(FDP) Hält die Bundesregierung es überhaupt für rechtlich zulässig, daß Finanzverwaltungen Werbe- und Public-Relations-Berater, die jahrelang ohne Beanstandung als freier Beruf behandelt wurden, ohne Begründung in der Sache von einem Veranlagungszeitraum auf den anderen als Gewerbebetrieb einstuft, oder sind die Finanzverwaltungen in solchen Fällen nicht vielmehr auch aus Gründen der Beweislast verpflichtet, in die Einzelfallprüfung einzutreten und konkret den Nachweis zu führen, daß die Umstufung begründet ist?
18. Abgeordneter
Dr. Voss
(CDU/CSU) Ist es zutreffend, daß – wie in Presseberichten verlautete – die Bundesregierung für Kredite von öl-exportierenden Ländern einen deutlich höheren Zinssatz zu zahlen hat als sie für Kredite erhält, die sie beispielsweise an die Sowjetunion gewährt, und ist die Bundesregierung bereit, die entsprechenden Durchschnittssätze mitzuteilen?

- | | |
|--|--|
| 19. Abgeordneter
Jungmann
(SPD) | Ist der Bundesregierung bekannt, ob Landkäufe im Ausland durch steuerliche Abschreibungsmöglichkeiten der Verlustzuweisung subventioniert werden, und wenn ja, was gedenkt die Bundesregierung gegen die staatlich subventionierte Kapitalabwanderung zu unternehmen? |
| 20. Abgeordneter
Carstens
(Emstek)
(CDU/CSU) | Auf welche unerwartet hohen Schadensfälle ist die überplanmäßige Ausgabe bis zur Höhe von 100 Millionen DM bei den Ausgaben für Gewährleistungen im Haushaltsjahr 1980 zurückzuführen? |
| 21. Abgeordneter
Carstens
(Emstek)
(CDU/CSU) | In welcher Höhe hat die Bundesregierung bereits Zahlungen auf Grund der 50 Millionen DM-Bundesbürgschaft zugunsten der in Konkurs gegangenen Firma Beton- und Monierbau AG, Düsseldorf, leisten müssen, und haben solche Zahlungen zu der überplanmäßigen Ausgabe bis zur Höhe von 100 Millionen DM bei den Ausgaben für Gewährleistungen beigetragen? |

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

- | | |
|--|---|
| 22. Abgeordneter
Löffler
(SPD) | Ist der Bundesregierung bekannt, ob deutsche Firmen mit der chilenischen Regierung über die Lieferung von Kriegsgerät verhandeln, wie in einer Fernsehsendung behauptet worden ist? |
| 23. Abgeordneter
Gansel
(SPD) | Ist die Bundesregierung bereit, entsprechend ihrer Ankündigung in der Regierungserklärung, sich für die Offenlegung von Rüstungslieferungen einzusetzen, und ist sie in diesem Zusammenhang auch bereit, zu dem Bericht des Fernsehmagazins „Report“ vom 18. November 1980 Stellung zu nehmen, demzufolge die Bundesregierung Waffenverkäufe an Chile genehmigt haben soll? |
| 24. Abgeordneter
Dr. Müller
(CDU/CSU) | Wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, daß in der Bundesrepublik Deutschland Gelder für Waffenkäufe gesammelt und ins Ausland weitergeleitet werden? |
| 25. Abgeordneter
Würtz
(SPD) | Durch welche Maßnahmen stellt der Koordinator für die Deutsche Luft- und Raumfahrt sicher, daß beim vorgesehenen Zusammenschluß der Firmen MBB und VFW — der ja von der Bundesregierung gewünscht wird — der Verlust des „Technologie-zentrums des Nordens“ unterbleibt? |
| 26. Abgeordneter
Würtz
(SPD) | Ist der Bundesregierung in diesem Zusammenhang der Begriff „Blechschmiede“ bekannt, und welche Vorstellungen verbindet sie gegebenenfalls damit? |
| 27. Abgeordneter
Grobecker
(SPD) | Hält die Bundesregierung den zwischen den Luft- und Raumfahrtunternehmen MBB und VFW ausgehandelten Kompromiß über die Fusion beider Firmen angesichts der ohnehin vorhandenen Strukturschwäche des Nordens für ausgewogen? |
| 28. Abgeordneter
Müntefering
(SPD) | Unter welchen Gesichtspunkten wird die Förderkulisse der „Gemeinschaftsaufgabe regionale Wirtschaftsstruktur“ zur Zeit überprüft, und wann wird das Ergebnis der Überprüfung dem Bundestag zur Beratung und Entscheidung vorliegen? |

29. Abgeordneter
Dr. Wittmann
(CDU/CSU) In welcher Weise hat die Bundesregierung bei der Kreditgewährung eines Bankenkonsortiums an die Sowjetunion mitgewirkt, und welche Banken sind an dem Kreditgeschäft beteiligt?
30. Abgeordneter
Dr. Voss
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung bereit, die Zinssubventionen gegenüber dem Ostblock unter den Vorbehalt der bestehenden Verträge sowie eines der Schlußakte von Helsinki gemäßen Verhaltens zu stellen?
31. Abgeordneter
Rapp
(Göppingen)
(SPD) Welches ist nach Kenntnis der Bundesregierung der Stand der in der EG-Kommission zur Frage des Wegfalls bzw. der Verlängerung des Ende 1981 auslaufenden Welttextilabkommens angestellten Überlegungen und Vorarbeiten, und sind eventuell ins Auge gefaßte Änderungen auf verstärkte Restriktion oder auf mehr Liberalisierung gerichtet?
32. Abgeordneter
Rapp
(Göppingen)
(SPD) Welche Haltung nimmt die Bundesregierung zu diesen Fragen ein, und stimmt die Auffassung der Bundesregierung mit den Auffassungen der anderen EG-Staaten überein?
33. Abgeordneter
Kretkowski
(SPD) Hält die Bundesregierung es für notwendig, das Welttextilabkommen (WTA) zu verlängern, und wenn ja, wie wird sie ihren Einfluß in der EG geltend machen, um so zu einer Verlängerung des WTA zu kommen?
34. Abgeordneter
Kretkowski
(SPD) Wie steht die Bundesregierung zu den Forderungen der Gewerkschaft Textil-Bekleidung nach wirksameren Kontrollen gegen Umgehungseinfuhren, nach wirksamerer Durchsetzung des Prinzips der fairen Lastenteilung in der EG sowie der Einfügung von Sozialklauseln in die Handelsabkommen zwischen EG-Ländern und Entwicklungsländern?
35. Abgeordneter
Dr. Häfele
(CDU/CSU) Treffen Pressemitteilungen zu, wonach die Bundesregierung ihren Plan zur Krisenvorratshaltung bei den Rohstoffen Mangan, Vanadium, Kobalt, Chrom und Asbest zumindest derzeit aufgegeben hat?
36. Abgeordneter
Dr. Häfele
(CDU/CSU) Wenn ja, welches sind die Gründe für diese Entscheidung?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten**

37. Abgeordneter
Eigen
(CDU/CSU) Welche Folgerungen zieht die Bundesregierung aus der Zusicherung des französischen Präsidenten Giscard d'Estaing an die französischen Bauern, Einkommensverluste zu verhindern oder national auszugleichen?

38. Abgeordneter
Eigen
(CDU/CSU) Wie wirken sich nach Meinung der Bundesregierung nationale Einkommensbeihilfen auf die Preisverhandlungen in der EG in Brüssel für das Jahr 1981/1982 aus, und welche Konsequenzen will die Bundesregierung daraus ziehen?
39. Abgeordneter
Schröder
(Wilhelminenhof)
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung bereit, in Verhandlungen mit der Europäischen Gemeinschaft darauf hinzuwirken, daß sichergestellt wird, daß Butterexporte zu Niedrigpreisen in die Sowjetunion künftig tatsächlich unterbleiben, und ist sie bereit, statt dessen sich dafür einzusetzen, daß der polnischen Bevölkerung eine Nahrungsmittelhilfe gewährt wird, um die bestehenden Versorgungsschwierigkeiten vor allem bei Fleisch und tierischen Fetten in Polen zu beseitigen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit

40. Abgeordneter
Kroll-Schlüter
(CDU/CSU) Welche Fakten, gesellschaftspolitische Verhältnisse oder sonstige Umstände nimmt die Bundesregierung zum Anlaß, um von heutigen „vielerlei problematischen Entwicklungen für junge Familien und für junge Menschen“ zu sprechen (vergleiche Bundesminister Frau Huber, Stenographischer Bericht über die 219. Sitzung, Seite 17663)?
41. Abgeordneter
Kiechle
(CDU/CSU) Treffen Informationen der kommunalen Spitzenverbände zu, wonach im Durchschnitt ein Arbeiter mit Frau und drei Kindern einschließlich Wohn- und Kindergeld über netto 1 953 DM verfügt, während ein Sozialhilfeempfänger in einer vergleichbaren Wohnung und mit gleich großer Familie ca. 1 960 DM erhält?
42. Abgeordneter
Kiechle
(CDU/CSU) Wie hoch waren die Leistungen aus der Sozialhilfe im Jahr 1970, und wie hoch waren sie im Jahr 1979?
43. Abgeordnete
Frau
Dr. Martiny-
Glottz
(SPD) Wie beurteilt die Bundesregierung die durch den Rowohlt-Verlag und die Zeitschrift „Der Spiegel“ bekannt gewordenen tödlichen Nebenwirkungen des Rheuma-Arzneimittels Prigenta, und wird sie metamizolhaltige Präparate wegen ihrer seit langem bekannten gefährlichen Nebenwirkungen verbieten?
44. Abgeordneter
Werner
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung der Ansicht, daß der nach EG-Verordnung Nr. 1308/70 des Rates vom 29. Juni 1970 subventionierte landwirtschaftliche Anbau von Hanf, der u. a. für die Herstellung wärmeisolierender Leichtbauplatten notwendig ist, sich gesundheitsgefährdend auf Jugendliche auswirken kann, weil auf den großflächigen Feldern Cannabis Sativa entwendet und nach Behandlung als Marihuana konsumiert werden kann?

45. Abgeordneter
Werner
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung angesichts der Widersprüchlichkeit zwischen der EG-Verordnung Nr. 1308/70 und einer extensiven Auslegung des Betäubungsmittelgesetzes durch das Bundesgesundheitsamt bereit, einem vom Verwaltungsgericht Berlin in einem Verfahren zwischen dem Bundesgesundheitsamt und dem einzigen in der Bundesrepublik Deutschland Cannabis Sativa anbauenden Betrieb gemachten Vergleichsvorschlag zuzustimmen, welcher einen freiwilligen Anbauverzicht gegen eine finanzielle Entschädigung beinhaltet, mit welcher in diesem Betrieb durch willkürliche Anbaubeschränkungen entstandene Unkosten abgelöst und für den Betriebsinhaber eine angemessene Altersversorgung sichergestellt werden könnte?

Geschäftsbereich des Bundesministers für das Post- und Fernmeldewesen

46. Abgeordneter
Kühbacher
(SPD)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Deutsche Bundespost in einem Computer Datum, Uhrzeit, Dauer und Nummer des über den Fernsprechseldienst Angerufenen dann elektronisch festhält, wenn die Dauer des Gesprächs länger als 16 Gebühreneinheiten lang ist, und ist ihr bekannt, auf welche Rechtsgrundlage sich die Deutsche Bundespost hierbei stützt?
47. Abgeordneter
Kühbacher
(SPD)
- Ist die Bundesregierung der Ansicht, daß dieses Aufspeichern mit dem Geist des Bundesdatenschutzgesetzes zu vereinbaren ist, und wenn nein, beabsichtigt die Bundesregierung, gesetzliche Maßnahmen einzuleiten, die dieses Speichern verbieten?
48. Abgeordneter
Niegel
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung bereit, das bisherige Gebührenverfahren für Notruftelefone auf Bundesstraßen in der Kompetenz der Deutschen Bundespost dahin gehend zu ändern, daß den Trägern (z. B. Rettungsdienst Stiftung Björn Steiger e. V., Winnenden) keine unzumutbaren Kosten gegenüber den Bundesländern entstehen, und wäre es nicht an der Zeit, diese Träger, die im Interesse von in Not geratenen handeln, generell von den Kosten für die Einrichtung und Unterhaltung von Notrufmeldern seitens der Deutschen Bundespost zu befreien?

Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen

49. Abgeordneter
Lintner
(CDU/CSU)
- Um wieviel Prozent ist der Besucherverkehr im grenznahen Verkehr, in Berlin (West) bzw. im längeren Touristen- und Besucherverkehr in die DDR zurückgegangen seit die DDR den Zwangsumtausch erhöht hat?
50. Abgeordneter
Lintner
(CDU/CSU)
- Wie hoch wären die Deviseneinnahmen der DDR aus den Straßenbenutzungsgebühren im Monat November 1980 gewesen, wenn man die Besucherzahlen von November 1980 und die vor der Pauschalierung geltenden Gebühren zugrunde legt?

51. Abgeordneter
Dr. Hennig
(CDU/CSU) Wann hat der Bundesinnenminister der Berlin-Abteilung seines Hauses während seiner Amtszeit Besuche abgestattet, und wann hat er den Leiter dieser Abteilung in dieser Zeit zu dienstlichen Besprechungen empfangen?
52. Abgeordneter
Dr. Hennig
(CDU/CSU) Wann und mit welchen Gründen ist das Verbot der Führung der Dienstgeschäfte durch den Ministerialdirektor Hermann Kreutzer diesem schriftlich mitgeteilt worden, und wie verträgt sich eine solche Maßnahme mit dem auch Mitarbeitern des öffentlichen Dienstes zustehenden Petitionsrecht, aus dem folgt, daß niemand ein Nachteil daraus erwachsen darf, daß er von diesem Grundrecht Gebrauch macht?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie

53. Abgeordneter
Reuschenbach
(SPD) Ist der Bundesregierung bekannt, ob Zeitungsmeldungen zutreffen, wonach „Maschinen schon heute im Prinzip physikalisch und chemisch bekannt“ sind, die langlebige radioaktive Stoffe vernichten können?
54. Abgeordneter
Reuschenbach
(SPD) Hat die Bundesregierung die Absicht, sich mit der Förderung der Entwicklung einer derartigen Technologie zu befassen?
55. Abgeordneter
**Dr. Freiherr
Spies von
Büllesheim**
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung bekannt, ob im Bereich Aachen/Stolberg/Herzogenrath geologische Bedingungen festgestellt worden sind, die auf Öl- und Erdgaslagerstätten in Tiefen zwischen 2 500 und 4 000 Metern schließen lassen, und wenn ja, erscheint es der Bundesregierung als aussichtsreich oder sinnvoll, in diesem Bereich Probebohrungen vorzunehmen, und wann ist gegebenenfalls mit solchen Probebohrungen zu rechnen?
56. Abgeordneter
**Dr. Freiherr
Spies von
Büllesheim**
(CDU/CSU) Mit welchen Kosten rechnet die Bundesregierung gegebenenfalls, und wie sollen sie finanziert werden?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft

57. Abgeordneter
Dr. Schöffberger
(SPD) Wieviel Geld hat der Bund den einzelnen Bundesländern in den Haushaltsjahren 1979 und 1980 zum Bau von Studentenwohnheimen zur Verfügung gestellt, und welche Bundesländer haben diese Mittel in welcher Höhe nicht abgerufen?
58. Abgeordneter
Dr. Schöffberger
(SPD) Hängt die Ankündigung der Bundesregierung, den Bau von Studentenwohnheimen nicht mehr oder nicht mehr im gewohnten Umfang fördern zu wollen, mit dem bisherigen Verhalten von Bundesländern zusammen, oder welche anderen Gründe, außer rein fiskalischen, gibt es dafür sonst?

- | | |
|---|--|
| 59. Abgeordneter
Kirschner
(SPD) | Wie wird sich nach Auffassung der Bundesregierung das Verhältnis zwischen Ausbildungs- und Studienplätze und den Bewerbern dafür in den nächsten Jahren entwickeln? |
| 60. Abgeordneter
Kirschner
(SPD) | Könnte sich diese Entwicklung auch auf dem Numerus-clausus auswirken, und wenn ja, wie? |
| 61. Abgeordneter
Müntefering
(SPD) | Wird das Angebot an Ausbildungsplätzen bei vom Bund beeinflussten Institutionen (Deutsche Bundesbahn, Deutsche Bundespost u. a.) im Jahr 1981 gegenüber 1980 unverändert sein? |
| 62. Abgeordneter
Stutzer
(CDU/CSU) | Ist in dieser Legislaturperiode eine Gesetzesinitiative der Bundesregierung zu erwarten, die eine bundeseinheitliche Regelung des Bildungsurlaubs zum Ziel hat, und wenn nein, was hält die Bundesregierung von einer solchen Initiative ab? |
| 63. Abgeordneter
Stutzer
(CDU/CSU) | Welche konkreten Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus den Ergebnissen des wissenschaftlich begleiteten Bildungsurlaubsversuchs- und -entwicklungsprogramms (BUVEP)? |

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

- | | |
|---|---|
| 64. Abgeordneter
Hansen
(SPD) | Welche neuen Verpflichtungen ist die Bundesregierung seit dem Militärputsch vertraglich gegenüber der Türkei eingegangen? |
| 65. Abgeordneter
Thüsing
(SPD) | Was hat die Bundesregierung bewogen, auch nach dem Militärputsch die Militärhilfe für die Türkei fortzusetzen? |
| 66. Abgeordneter
Thüsing
(SPD) | Gibt es nach Meinung der Bundesregierung Anhaltspunkte, die eine baldige Rückkehr der Türkei zur Demokratie erwarten lassen? |
| 67. Abgeordneter
Dr. Czaja
(CDU/CSU) | Hat der Bundesaußenminister die Gewährleistung des menschenrechtlichen Mindeststandards für Deutsche unter fremder Herrschaft im Ostblock in bezug auf die Nichtdiskriminierung wegen ihrer nationalen Herkunft sowie bezüglich der Gewährleistung der kulturellen Eigenart (Artikel 27 des Politischen Menschenrechtspakts) und der Ausreisefreiheit (Artikel 12 Abs. 2 des Politischen Menschenrechtspakts) bei der KSZE-Folgekonferenz in Madrid zur Sprache gebracht, oder wird die deutsche Delegation dies tun? |
| 68. Abgeordneter
Dr. Czaja
(CDU/CSU) | Teilt die Bundesregierung die Auffassung des britischen Außenministers Carrington (vor dem Übersee-Club in Hamburg — gemäß NSP I vom 17. November 1980), daß „die Ereignisse in Afghanistan, Iran, im Nahen Osten und am Golf die Schwächen der europäischen politischen Kooperation gezeigt hätten“, Schwächen „der improvisierten Organisation“, weshalb „die politische Kooperation besser organisiert werden müsse“, die europäische poli- |

- tische Zusammenarbeit „von erfahrenem außenpolitischen Personal“ der Mitgliederstaaten unterstützt werden solle und die EG-Außenminister sich bei Krisensituationen binnen 48 Stunden automatisch treffen sollen, falls drei dies für notwendig halten?
69. Abgeordneter
Dr. Hupka
(CDU/CSU) Welche Proteste hat die Bundesregierung gegenüber der sowjetischen Regierung wegen der ständigen Verletzung der KSZE-Schlußakte durch die gegen die russischsprachigen Sendungen der Deutschen Welle seit dem 20. August 1980 eingesetzten Störsender vorgetragen?
70. Abgeordneter
Dr. Hupka
(CDU/CSU) Wie beurteilt die Bundesregierung die Behauptung des Botschafters der Volksrepublik Polen in Münster, daß es sich bei der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts um die „Aufrechterhaltung der juristischen Fiktion von der angeblichen Existenz des Deutschen Reichs in den Grenzen von 1937“ handle?
71. Abgeordneter
Oostergetelo
(SPD) Liegen der Bundesregierung genaue Informationen über die derzeitige Situation in El Salvador, auch unter Berücksichtigung der Einschätzung der Kirche vor, und haben bejahendenfalls diese Informationen einen Einfluß auf die diplomatischen Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland zu El Salvador und die Bereitstellung von Entwicklungshilfe für El Salvador?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr

72. Abgeordneter
Lampersbach
(CDU/CSU) Sind Pressemitteilungen zutreffend, daß die Bundesbahnstrecke Dortmund-Hamm über Kamen als Schnellfahrstrecke ausgebaut werden soll, und – wenn dies der Fall ist – wann werden diese Baumaßnahmen begonnen?
73. Abgeordneter
Lampersbach
(CDU/CSU) Welche Schutzmaßnahmen sind vorgesehen, um die Bevölkerung vor den Belästigungen – insbesondere durch Lärm –, die durch die hohen Geschwindigkeiten entstehen, zu schützen?
74. Abgeordneter
Dr. Kunz
(Weiden)
(CDU/CSU) Wie gedenkt die Bundesregierung den öffentlichen Personennahverkehr in den ländlichen Räumen zu fördern angesichts der Tatsache, daß durch die vorgesehene Mineralölsteuererhöhung die ländlichen Räume mit ihren weiten Entfernungen in besonderem Maße betroffen werden, obschon gerade die Bevölkerung dort in wachsendem Maß und mit zunehmender Dringlichkeit auf den öffentlichen Personennahverkehr angewiesen sein wird?
75. Abgeordneter
Kuhlwein
(SPD) Welche Gründe haben die Bundesregierung veranlaßt, für den Bau einer Autobahn zwischen Hamburg und Berlin auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland die sogenannte Nordtrasse zu wählen, und welche gesetzlich vorgesehenen Verfahren (z. B. Linienbestimmungsverfahren nach § 16 Abs. 1 des Bundesfernstraßengesetzes und Umweltverträglichkeitsprüfung nach den §§ 16 ff. des Fernstraßengesetzes und §§ 41 und 42 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes) sind dieser Entscheidung vorausgegangen?

- | | |
|--|---|
| 76. Abgeordneter
Kuhlwein
(SPD) | Welche ökologischen Untersuchungen wurden vor der Festlegung der Trasse angestellt, und inwieweit wurden alternative Trassen in einen ökologischen und ökonomischen Vergleich einbezogen? |
| 77. Abgeordneter
Zywietz
(FDP) | Wie beurteilt die Bundesregierung die Stellungnahme des Deutschen Rates für Landespflege zur Trassenführung der Bundesautobahn zwischen Hamburg und Berlin auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland, der gegen die geplante sogenannte Nordtrasse erhebliche landespflegerische und ökologische Bedenken anmeldet und zusätzliche landschaftsökologische Untersuchungen im Sinne einer Umweltverträglichkeitsprüfung fordert? |
| 78. Abgeordneter
Zywietz
(FDP) | Ist die Bundesregierung bereit, die bisher gegen die Trasse der Berliner Autobahn auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland vorliegenden kritischen Stellungnahmen von mehr als 60 Naturschutzverbänden und Bürgerinitiativen zum Gegenstand neuer Überlegungen zu machen? |
| 79. Abgeordneter
Oostergetelo
(SPD) | Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß – orientiert an Kriterien der Umweltbelastung – Material und Menge des im vergangenen Winter verwendeten Streusalzes zu groß war und deshalb in diesem Winter reduziert werden könnte, und wird sie bejahendenfalls entsprechende Maßnahmen hinsichtlich Quantität und Qualität des Streumaterials – z. B. durch Beimischen von Sand – innerhalb ihres Kompetenzbereichs veranlassen? |